

Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 65 (1978)
Heft: 10: Lehrer - Elternarbeit II

Rubrik: Umschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 26.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Eile ein Programm zusammengestellt. Dabei erwies sich gerade der Umstand erschwerend, dass die Mitgliederzahl als Planungsbasis fehlte. Zudem zeigte sich bereits, dass zahlreiche Mitglieder des KLVs mit abwartender Skepsis der Arbeit des Zentralvorstandes zuschauten. Wie können solche Hindernisse überbrückt werden, die sich als Teufelskreis darstellen? Der Zentralvorstand entschloss sich, massvoll und gezielt vorzugehen. Er war sich aber auch bewusst, dass die zu leistende Aufbauarbeit mit der Generalversammlung nicht abgeschlossen sein kann. Zweifellos müssen die gewonnenen Mitglieder des CLEVS die Rechtfertigung ihrer Entscheidung erfahren, die Zögernden überzeugt und die Umwelt auf die Existenzberechtigung des CLEVS aufmerksam gemacht werden.

Der Zentralvorstand hat die Aufbauarbeit in acht Plenarsitzungen und zwölf Kommissionssitzungen zu bewältigen versucht. Zunächst nahm er die Werbung der Mitglieder an die Hand. Eine Konferenz der Sektionspräsidenten des KLVs und eine Aktion in der «schweizer schule» im Herbst 1977 versuchten, die möglichen Mitglieder zu erreichen. Der Erfolg mag den einen bescheiden und den andern beachtlich erscheinen. Es haben sich 172 Personen gemeldet, die mit ihrem Namen die Ziele des CLEVS zu unterstützen bereit sind. Angesichts der Tatsache, dass die erwähnten Hindernisse und versteckte Miesmacherei dem Erfolg im Weg standen, kann das Ergebnis als ermutigend bezeichnet werden. Dies darf der Tatsache entnommen werden, dass schon die Ankündigung dieser Generalversammlung weitere 20 Mitglieder eingebracht hat. Es wäre aber falsch und würde dem Konzept des reorganisierten Vereins widersprechen, wenn die Werbung allein dem Zentralvorstand angelastet würde. Der Sinn der Einzelmitgliedschaft ist es, dass jeder die Aufgaben des Vereins nach besten Kräften wahrnimmt.

Neben der Werbung befasste sich der Zentralvorstand mit der Vorbereitung der Generalversammlung 1978. Bei den statutarischen Geschäften bildete die Nomination eines neuen Zentralpräsidenten und der Mitglieder des neu zuwählenden Vorstandes den Schwerpunkt der Vorbereitungsarbeiten. Zahlreiche Korrespondenzen und Aussprüche erlaubten schliesslich, dass an der Generalversammlung ein neuer Vorstand zur Wahl vorgeschlagen werden kann. Damit geht die Übergangszeit zu Ende, in der notgedrungen ein Präsidium die Geschäfte zu leiten hatte. Diese Zwischenlösung war zu jeder Zeit als Notlösung verstanden worden. Wir sind daher glücklich, mit erneuten Kräften in die Zukunft blicken zu können. Im weiteren befasste sich der bisherige Zentralvorstand mit der Verleihung des Kulturpreises des CLEVS. Aus drei Kandidaturen wurde Herr Dr. Alfons Müller-Marzohl, Luzern, gewählt. Der

CLEVS möchte mit diesem Preis die Verdienste anerkennen, die sich der Geehrte um die christlichen Werte in Erziehung und Bildung erworben hat. Die Ehrung soll anderseits für den Verein ein Ansporn sein. In diesem Sinn hat sich der Zentralvorstand Gedanken zur weiteren Vereinstätigkeit gemacht und legt heute das Arbeitsthema 1978/79 vor. Herr Prof. Dr. Franz Hargasser von der Universität Aachen wird mit seinem Referat «Chancengleichheit für Mädchen und Knaben in Erziehung und Bildung» in diese Arbeit einführen. Verschiedene Überlegungen haben zur Wahl dieses Themas geführt. Insbesondere ist es der Umstand, dass die Chancengleichheit, die vor mehr als 10 Jahren bereits im Mittelpunkt des pädagogischen Interesses stand, durch die Begleiterscheinungen der wirtschaftlichen Rezession eine neue Aktualität erhalten hat.

Abschliessend möchte ich im Namen des Präsidiums den Mitgliedern des Zentralvorstandes für die geleistete Arbeit und die erfahrene Solidarität herzlich danken. Es würde zu weit führen, wenn hier die Verdienste der einzelnen Zentralvorstandsmitglieder aufgezählt werden sollten. Gerade die Übergangszeit vom KLVs zum CLEVS hat gezeigt, dass das Zusammenstehen jedes einzelnen für die Erfüllung des Auftrags entscheidend ist. Dieses Element bildet denn auch das Herzstück des erneuerten Vereins. Es ist mir daher ein Anliegen, allen den Dank auszusprechen, die unsere Absichten verstanden haben und sich mit ihrer Mitgliedschaft zur Solidarität bekennen. Es bleibt die Hoffnung, dass aus diesem Verein wesentliche Impulse für Erziehung und Bildung hervorgehen.

Zug, im Mai 1978

Karl Aschwanden

Umschau

Maturität gegen Lehrabschluss?

Quoten der Maturitätszeugnisse und Lehrabschlüsse in den Kantonen

	Maturitäts- zeugnisse ¹	Eidg. Lehr- abschluss- zeugnisse ¹	
	(in % der 13- resp. 18jährigen Bevölkerung von 1970)	1970	1975
Zürich	8,0	9,1	47,1
Bern	5,7	6,1	47,9
Luzern	5,8	5,5	40,3
Uri	2,8	5,3	34,8
Freiburg	6,3	11,6	31,0
Basel-Stadt	10,1	18,1	74,5
Thurgau	3,1	5,2	41,8
			43,1

Tessin	8,2	11,3	44,9	48,0
Waadt	8,8	8,5	43,9	54,3
Neuenburg	12,1	15,7	47,5	52,3
Genf	15,0	19,6	38,8	50,4
Schweiz	7,2	8,3	44,8	51,0

¹ Die Angaben über die Maturitätszeugnisse beruhen auf dem Wohnort, diejenigen über die Lehrabschlusszeugnisse auf dem Schulort. Quellen: Prognose der Schülerzahlen im Rahmen des Dritten Ausbauberichts des Wissenschaftsrates; Eidg. Volkszählung 1970; Bevölkerungsstatistik nach Jahrgangsklassen des Eidg. Statistischen Amtes.

Diese auf Grund der realen Zahlen errechneten Quoten liegen wegen ihrer Berechnungsart leicht über den üblicherweise genannten Prozentanteilen, lassen aber einen korrekten Vergleich zwischen Maturitäts- und Lehrabschlusszeugnissen in den Kantonen zu. Der Vergleich zeigt, dass Regionen mit einem hohen Maturandenanteil auch einen überdurchschnittlich hohen Lehrlingsanteil aufweisen. Umgekehrt gibt es in Kantonen mit einem geringen Maturandenanteil auch einen geringeren Anteil von Lehrabschlussprüfungen. Der oft gehörte Einwand, in hochschulfreundlicheren Regionen käme die Berufsausbildung zu kurz, stimmt also nicht. Die in vielen Kantonen gleichzeitige Zunahme von Maturitäts- und Lehrabschlüssen – zum Teil weist die Kurve der Lehrabschlüsse steiler nach oben – belegt, dass nicht etwa die Mittelschulen den Lehrstellenmarkt «austrocknen», sondern dass die von den Gegnern des HFG geschmähte «Bildungseuphorie» dazu beigetragen hat, die Zahl der Ungelernten stark zu vermindern. Es ist deshalb auch in diesem Zusammenhang verfehlt, die Interessen der Berufsbildung gegen die Hochschulbildung auszuspielen.

(NZZ Nr. 102 vom 5.5.78)

Die UNO erklärt 1979 zum «Jahr des Kindes»

Das Jahr 1979 ist von der Generalversammlung der Vereinten Nationen zum «Internationalen Jahr des Kindes» (IJK) erklärt worden. Indem sie das Kind in den Mittelpunkt der Weltaufmerksamkeit stellt, fordert die UNO die Weltgemeinschaft auf, ihr Interesse an der gegenwärtigen Lage und der Zukunft ihrer Kinder mit erneutem Nachdruck zu bekunden.

Das IJK soll in jedem Land entsprechend seiner Eigenart begangen werden.

Über die Grenzen hinweg

Das internationale Jahr des Kindes ist ein Jahr für alle Kinder in allen Ländern. Das IJK soll auf die unmittelbare Umgebung der Kinder seine Auswirkungen haben. Gleichzeitig soll es über alle Grenzen hinweg neue Hoffnungen und neue Taten hervorbringen. Jedes Land ist aufgerufen,

eine «Nationale Kommission» zu bilden, um die erforderlichen Aktivitäten in Gang zu bringen und zu koordinieren.

Das IJK in der Schweiz

Ende März versammelte sich in Zürich eine Initiativgruppe unter dem Vorsitz von Dr. Hans Conzett, des Präsidenten des Schweizerischen Komitees für das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (Unicef), um die Bildung einer Trägerschaft für die gemeinsame Durchführung des IJK in der Schweiz anzuregen. Diese Gruppe umfasst Vertreter verschiedener Dachorganisationen, Hilfswerke und Behörden sowie Persönlichkeiten, die sich für das Wohl des Kindes einsetzen. Die Gruppe betrachtet das Jahr 1978 als Vorbereitungsphase, in der jedermann aufgefordert ist, über die Bedürfnisse der Kinder nachzudenken.

Um auf breiter Ebene die Bestrebungen aller interessierten Personen und Kreise für das Jahr des Kindes zu koordinieren, wurden Arbeitsgruppen gebildet. Die Arbeitsgruppe «Kinder der Schweiz» erfasst Anregungen und Vorschläge für die Tätigkeiten zum Wohle der Kinder in der Schweiz. Die Arbeitsgruppe «Kinder einer Welt» befasst sich mit der Bewusstseinsbildung und der solidarischen Tat, die den Kindern in den Entwicklungsländern bessere Lebensbedingungen bringen soll.

Die Vorschläge dieser Arbeitsgruppen, zu denen jedermann beitragen kann, werden der Gründungsversammlung der «Schweizerischen Kommission für das Jahr des Kindes», die im Herbst 1978 in Bern stattfinden soll, zur Diskussion und zum Beschluss vorgelegt. Bundesrat Hürlimann, Vorsteher des Eidg. Departements des Innern, erklärte sich bereit, das Ehrenpräsidium dieser Kommission zu übernehmen.

Soziale Erziehung: Ja – Sozialisationstechnik: Nein

Die Zielsetzung neuer Sozialerziehungsprogramme kann weniger an den vorangestellten Lernzielen erkannt, sondern muss aus den Methoden erschlossen werden. Danach wird soziale Erziehung auf die pragmatische Konditionierung junger Menschen («Verhaltensvoraufbau») eingeengt. Mit Hilfe systematischer Trainings sollen die Schüler zu flexiblem, steuerbarem Rollenverhalten befähigt werden und lernen, ihre «Aussenbeziehungen kompetent handhaben» zu können.

Bevorzugte Methoden des Sozialtrainings sind Psychospiele (z. B. Psychogymnastik, «warm ups», Gestalttherapie, Rollenspiele) und gruppendynamische Praktiken. Sie fussen auf materialistischen Theorien, die die Personalität und Einmaligkeit des Menschen verneinen und ihn lediglich als Rollenspieler sehen; sogar die Geschlechtlichkeit wird als angelernte und austauschbare Rolle verstanden.

Aus einer so funktional und mechanistisch ausgerichteten Sozialerziehung ergeben sich nicht wiedergutzumachende Schäden für die Identitätsfindung junger Menschen, für ihre Familien- und Gemeinschaftsfähigkeit.

Der Verein katholischer deutscher Lehrerinnen stellt dazu grundsätzlich Folgendes fest:

1. Rollenspiele und gruppendifynamische Praktiken zum Zweck der funktionalen Verhaltensänderung beinhalten die Vorstellung beliebiger Verfügbarkeit und Machbarkeit des Menschen.

Eine auf dieser Vorstellung basierende Praxis macht Kinder und Schüler abhängig vom Lehrer oder Trainer und liefert sie zudem der Fremdbestimmung der Gruppe aus. Persönliche Handlungsfreiheit und Verantwortung werden systematisch eingeschränkt bzw. völlig abgebaut. Dies widerspricht menschlicher Würde und Freiheit und damit dem Erziehungsauftrag von Kindergarten und Schule.

2. Die Zielsetzung der Entwicklung flexibler Geschlechtsrollen durch Geschlechtsrollentausch ist ein wirklichkeitsfremder und unwissenschaftlicher Ansatz.

Nach dieser Theorie sind alle Aussagen über das Wesen von Mann und Frau, alle Feststellungen über unterschiedliche Naturanlagen «nicht systematisch überprüfte, simple Vorurteile» (in Hiescher, Sozialerziehung konkret, Schroedel 1977). Sozialerziehung auf dieser Grundlage gefährdet die je spezifische Identitätsfindung von Mann und Frau und wirkt sich zwangsläufig familien- und damit gesellschaftsfeindlich aus.

3. Psychospiele sind ein Missbrauch des Erziehungsauftrags der Schule.

Schüler und sogar Kindergartenkinder werden durch Psychospiele zu ständigen Selbstreflexionen gezwungen, um ihre Gefühle vor anderen verbal und nonverbal zum Ausdruck zu bringen. Dadurch wird die natürliche und notwendige zwischenmenschliche Distanz abgebaut.

Rücksichtnahme, Takt und Scham sind jedoch unverzichtbar für ein kultiviertes menschliches Zusammenleben.

4. Kinder und Schüler sind keine Experimentierobjekte, Lehrer sind weder Therapeuten noch Trainer für Sozialisationstechniken.

Auftrag und Berufsethos verbieten es dem Lehrer, Unterrichts- und Erziehungsmethoden anzuwenden, die die ihm anvertrauten Kinder schädigen können. Gruppendifynamische Methoden, die immer tief in die Psyche des Menschen eingreifen, dürfen nur bei psychisch Kranken und nur

von gewissenhaften Ärzten und Therapeuten angewandt werden. Von Laien angewandt – Lehrer sind in diesem Bereich grundsätzlich Laien –, bewirken diese Methoden u. U. unkontrollierbare Identitätskrisen, irreparable Schädigungen und psychische Fixierungen.

Der personale und dialogische Bezug zwischen Lehrer und Schüler ist nicht ersetzbar durch Planspiele und Verhaltenstraining. Die Lehrerbildung muss deshalb auf personale Erziehung ausgerichtet sein und bleiben. Wir halten es auch für verfehlt, eine Vielzahl gruppendifynamischer Kurse in der Lehrerfort- und -weiterbildung durchzuführen. Sie versprechen dem Lehrer pädagogische und methodische Hilfen, setzen ihn jedoch selbst – auch bei fachlich qualifizierten Trainern – dem Risiko psychischer Schädigungen aus und verleiten ihn dazu, in seinem Unterricht gruppendifynamische Methoden unsachgemäß anzuwenden.

5. Der Sozialerziehung in ausserfamiliären Einrichtungen sind Grenzen gesetzt.

Staat und Schule haben die Würde und das Eigenleben des Kindes und der Familie zu achten. Kindergarten und Schule sind nicht befugt, Erziehungsaufgaben und -methoden an sich zu ziehen, die in den Bereich der Familie als der primären natürlichen Gemeinschaft gehören (z. B. Offenlegung von Motivationen und Gefühlen, Erziehung zur Zärtlichkeit). Die Privatsphäre der Familie eines Schülers darf weder der allgemeinen Kritik im Unterricht noch zum Zwecke der Sozialbeurteilung kontrolliert und in Schulkonferenzen blossgestellt werden (Zeugnisse, Personalbogen).

Aus grundsätzlichen Erwägungen und aufgrund negativer Erfahrungen lehnen wir Sozialerziehungsprogramme ab, die – von einem materialistischen Ansatz ausgehend – personengefährdende Verhaltensänderungen bewirken können.

Wir fordern statt dessen eine soziale Erziehung, die in den ganzheitlichen Bildungsauftrag von Kindergarten und Schule integriert ist. Eine so fundierte soziale Erziehung orientiert sich an ethischen Massstäben. Die optimale Form sozialer Erziehung und ihr Ziel ist gelebte christliche Nächstenliebe.

Der Staat ist verpflichtet, nur solche Erziehungsmethoden und -ziele zuzulassen, die die Freiheit und Würde des Menschen respektieren und sich an den Gesetzen des freiheitlichen Rechtsstaates orientieren.

Der VkdL appelliert an alle, die im Schul- und Bildungsbereich Verantwortung tragen, Sozialerziehungsprogramme einer kritischen Prüfung zu unterziehen und unsere Ausführungen in ihre Entscheidungen mit einzubeziehen.

M. Emmerich
Bundesvorsitzende des Vereins katholischer
deutscher Lehrerinnen

Skepsis um Gesamtschule in der BRD

Zehn Jahre Gesamtschulplanung und acht Jahre Gesamtschule in der Aktion sind in der Bundesrepublik Deutschland nun vergangen. Und um die Gesamtschule ist es still geworden. Es ist die Stille der Krise. Zahlenmässig kann von einem Scheitern gewiss nicht gesprochen werden. Ein Experimentalprogramm mit 40 Gesamtschulversuchen hatte der Deutsche Bildungsrat für das ganze Bundesgebiet empfohlen, um mit diesem neuen Schultyp die Möglichkeit für eine Demokratisierung der Schule zu testen, und zu beweisen. In einer Erhebung der Kultusministerkonferenz mit Stand von Ende 1972 sind bereits 115 Gesamtschulen aufgeführt, heute sollen es 165 sein. Allerdings scheint in jüngster Zeit der Gründungsboom abzuebben, selbst im SPD-Musterland Hessen und in West-Berlin, die auf diesem Wege vorangegangen sind.

Gesamtschulen gibt es seit Beginn der Entwicklung in zwei Formen: als «integrierte» Schulen, in denen die bisherigen Schularten aufgegangen sind, was zweifellos die konsequenterste Lösung ist, und als «kooperative» (auch «additiv» oder «schulformbezogen» genannt). Die traditionellen Schularten bleiben dabei erhalten, sollen aber in Schulzentren zusammenarbeiten. Die erstere Lösung wird in den Ländern mit SPD-Regierung favorisiert, die letztere in Bundesländern mit konservativer CDU-Regierung.

Kritiker, ja ausgesprochene Gegner der Gesamtschule gab es von Anfang an. Sie waren – und sind noch – vor allem in den Reihen des Philologenverbandes, der Berufsvertretung der Gymnasiallehrer, und unter stark konservativ eingestellten Bildungspolitikern zu finden, die radikale Reformen ablehnen, Chancengleichheit auch auf dem Wege über das inzwischen durchlässiger gestaltete traditionelle Schulsystem erreichen zu können glauben und fürchten, die Gesamtschule führe zu Niveauverlust, zu Nivellierung. Neu ist, dass auch aus den Reihen der anfänglichen Sympathisanten Kritik laut wird, von Gesamtschullehrern, Schülern, Eltern, Erziehungswissenschaftlern und Publizisten. Auch der kritische Blick über die Grenzen scheint nicht zu beruhigen. Berichte über Schwierigkeiten der Gesamtschulen in Grossbritannien und Schweden mehren sich.

Die Welle des Bildungsoptimismus der späten sechziger Jahre hatte die Gesamtschule emporgetragen. Mehr Kinder zu höheren Schulabschlüssen zu führen, mehr Arbeiter- und Bauernkinder vor allem – denn in diesen Schichten vermutete man brachliegende Begabtenreserven –, unter dieser Devise lief damals die Schulreform an.

«Bei Schülern häufen sich Erscheinungen der Schulunlust, des Wegbleibens und Kaputtmachens, der Disziplinlosigkeit und Aggressivität.» «Bei den Lehrern ist die Fluktuation bemerkens-

wert hoch und der Nachschub durch Freiwillige spärlicher geworden.» Und, eine für Freunde der Gesamtschule besonders bedrohliche Entwicklung, – immer mehr Eltern weichen aus und geben ihre Kinder lieber auf ein benachbartes Gymnasium, so dass an manchen Orten «die Gesamtschule der Mittelstufe vorwiegend die Haupt- und Realschule ersetzt». So konstatiert Evers, aber natürlich haben dies auch andere Beobachter bemerkt, und Gesamtschulgegner sehen in solchen Symptomen Anzeichen für das Scheitern der Gesamtschule. Dazu ist zu sagen, dass Fälle von Schüler-Aggressivität bis hin zum Vandalismus auch an anderen, besonders an sehr grossen Schulen vorkommen, ohne dass deshalb die Schulart selbst in Frage gestellt wird. Eine Ausnahme sind in dieser wie in so vieler Hinsicht die wenigen Waldorfschulen. Resignation und Missvergnügen der Lehrer an Gesamtschulen werden in vielen Berichten festgestellt.

aus: «tiroler schule» Nr. 1, März 1978

Wiederanstieg der katholischen Schulen in den USA

Im ersten Zusatzartikel zur Verfassung, der die Grundrechte enthaltenden Bill of Rights von 1791, ist die Trennung von Kirche und Staat festgelegt. Sie ist keineswegs auf eine religionsfeindliche Haltung zurückzuführen, sondern auf das Bestreben, dem neugegründeten Staat die Streitigkeiten der Alten Welt über religiösen Glauben zu ersparen. Infolgedessen darf nach Entscheidungen des Obersten Gerichtshofs, des Supreme Court, in den öffentlichen Schulen Religionsunterricht nicht gegeben werden; auch das Schulgebet ist verboten.

Die Eltern, die ihren Kindern eine religiöse Erziehung zukommen lassen wollen, sind daher gezwungen, ihre Kinder auf eigene Kosten in Schulen ihres Glaubensbekenntnisses zu schicken, ohne dass sie vom Bund etwa eine Steuererleichterung erhalten. Auch die Schulen erhalten weder vom Bund noch von den 50 Gliedstaaten und den lokalen Körperschaften finanzielle Beihilfe. Ausnahmen sind nur bewilligt worden für Beförderung der Schüler mit Bussen, Zuschüssen zur Verabreichung von Milch und Mittagessen, kostenlose Verteilung von Lehrbüchern. Hier werden nicht die Schulen, sondern die Schüler unterstützt.

Bei der seit Jahren fortschreitenden Inflation sind die Schulen in arge finanzielle Bedrängnis gekommen. Während der Besuch der sechsjährigen Volksschule (elementary school) und der darauf folgenden sechsklassigen high school in den öffentlichen Schulen kostenlos ist, entstehen den Eltern jährlich im Durchschnitt 250 \$ Kosten für den Besuch eines Kindes in der Volksschule, 700 \$ in der high school. Damit können aber die

Kosten nicht voll bestritten werden. Die Kirchengemeinden tragen den anderen Teil, der sich oft auf die Hälfte der Gesamtkosten beläuft. Die Verschlechterung der finanziellen Lage ist vor allem auf den Rückgang der Nonnen zurückzuführen, die früher den Hauptteil der Lehrkräfte stellten. Sie mussten durch Laienlehrer ersetzt werden, deren Zahl sich gegenwärtig auf etwa 100 000 beläuft, was etwa zwei Drittel der Lehrkräfte ausmacht. Sie verlangen eine den Lehrkräften an den öffentlichen Schulen einigermaßen vergleichbare Vergütung; etwa 5 000 haben sich gewerkschaftlich organisiert.

Die Schülerzahl ist in den katholischen Schulen stark gesunken. Infolge der Trennung von Staat und Kirche gibt es in den USA keine offizielle Statistik im religiösen Bereich. Die folgende Statistik, die von der National Catholic Education Association vor kurzem veröffentlicht wurde, gibt daher nur annähernde Zahlen bekannt, leider keine Zahlen über den Wiederanstieg seit Ende des letzten Schuljahres (Juni 1977). Die Schülerzahl betrug:

Ende des Schuljahrs im Juni	Millionen
Schüler	
1960	5,3
1965 (Höhepunkt)	6,0
1977	3,3

Im Jahre 1977 waren die katholischen Schulen um etwa ein Drittel zurückgegangen, sei es, dass sie geschlossen wurden, sei es, dass sie mit einer anderen katholischen Schule zusammengelegt wurden. Ausser finanziellen Gründen trug dazu der Rückgang der Geburten bei und der Auszug wohlhabender Kreise in die sich weit ins Land hinaus erstreckenden suburbs (Vororte) der Grossstädte. Keine Unterlagen sind dafür vorhanden, dass dieser Rückgang etwa auf eine ablehnende Haltung gegenüber der katholischen Kirche zurückzuführen ist.

Aber neuerdings zeigt sich eine Wendung zum Besseren. Weiterer Abstieg ist nur in wenigen Schulen mehr zu verzeichnen, die meisten erfreuen sich eines Aufstiegs, der in manchen Schulen so weit geht, dass nicht alle Bewerber aufgenommen werden können.

Mehr als die Hälfte der etwa 9000 katholischen Schulen befindet sich in den 20 grössten Städten, wo sie sich mit besonderer Sorgfalt der Minderheiten annehmen, der Neger, der Spanisch sprechenden Bevölkerung, der Orientalen und der Einwanderer.

Neben der Erziehung im religiösen Bereich ist ein Hauptanziehungspunkt der katholischen Schulen die bessere Disziplin, die in den öffentlichen Schulen schwerer aufrechtzuerhalten ist. Es mehren sich in erschreckendem Ausmass sogar tätliche Angriffe gegen Lehrer, deren Tätigkeit durch Aufrechterhaltung der Disziplin sehr beansprucht wird. Über die Ergebnisse des Unter-

richts in den öffentlichen Schulen wird viel geklagt. Die hohe Arbeitslosigkeit unter den Jugendlichen ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass selbst Absolventen der high school, also nach dem zwölften Schuljahr, oft nur mangelhafte Kenntnisse im Lesen, Schreiben und Rechnen haben. Da die Schulpflicht in den meisten der 50 Gliedstaaten mit dem 16. Lebensjahr endet, besuchen viele die letzten Klassen der high school nicht.

So hoffnungsvoll der Ausblick auf weiteren Wiederanstieg ist, kann eine dauernde Gesundung der Finanzen wohl nur durch eine veränderte Haltung, sei es der Gesetzgebung, sei es der Rechtsprechung, erwartet werden. Man könnte etwa daran denken, den Eltern, die die katholischen Schulen zu einem erheblichen Teil unterhalten, steuerlich entgegenzukommen; denn durch ihre Steuern tragen sie zum Unterhalt der öffentlichen Schulen bei und entlasten den öffentlichen Haushalt dadurch, dass sie ihre Kinder nicht in diese schicken. Präsident Nixon hat sich in dieser Richtung bemüht, Präsident Carter hat seine Einstellung noch nicht bekanntgegeben. Man möchte hoffen, dass in dieser Richtung ein Weg gefunden wird, der mit der Verfassung in Einklang steht.

Dr. Robert Adam

Was tun die 1977er Maturanden?

Mehr als ein Drittel der letztjährigen Zürcher Maturanden will die Weiterausbildung erst nach einer Zwischenlösung aufnehmen, wobei der Wunsch, einmal etwas Geld zu verdienen, im Vordergrund steht. Dies ergibt eine Studie der Akademischen Berufsberatung des Kantons Zürich. Sie lässt vermuten, dass die Gefahr, bei Wiederaufnahme der Weiterausbildung vor geschlossenen Türen zu stehen, von den Maturanden entweder nicht allzu hoch eingeschätzt oder bewusst in Kauf genommen wird.

Im weiteren hat die Untersuchung ergeben, dass Medizin weiterhin das am häufigsten gewählte Studienfach ist, gefolgt von Jurisprudenz, Wirtschaftswissenschaften, Mathematik/Physik, Elektrotechnik und Maschineningenieurwesen. Dabei weist die Medizin in den letzten zwei Jahren eine rückläufige Tendenz auf, wobei der entsprechende Anteil bei den weiblichen Maturanden wesentlich stärker sinkt als bei deren männlichen Kollegen. Ein eindeutig zunehmendes Interesse zeigen die Maturanden für die Wirtschaftswissenschaften. 63,2 % (74,2 % m, 48,1 % w) der Maturanden haben sich zum Zeitpunkt der Befragung – kurz vor der Matur – definitiv für ein Hochschulstudium entschieden, 18,3 % (11,4 % m, 27,8 % w) wollen eine Ausbildung am Obersimnar aufnehmen, 7,8 Prozent (4,6 % m, 12,3 % w) haben sich entschlossen, eine nichtakademische Ausbildung zu durchlaufen und 10,6 % (9,9 % m, 11,8 % w) ha-

ben ihren Entscheid zwischen diesen Ausbildungsalternativen noch nicht getroffen. Ein Vergleich mit den entsprechenden Zahlen des Vorjahres zeigt, dass der damals festgestellte massive Rückgang der Studienwahlen für das Oberseminar zur Hälfte wieder wettgemacht worden ist, was angesichts der anhaltend ungünstigen Beschäftigungssituation für Primarlehrer überrascht. Nur ein leichter Anstieg ist für die Wahl von nichtakademischen Ausbildungen zu verzeichnen – die entsprechenden Möglichkeiten sind für Maturanden bekanntlich nach wie vor sehr beschränkt. Im Vordergrund stehen dabei für die männlichen Maturanden die Verkehrsberufe (vor allem Pilot), für deren Kolleginnen die medizinischen Hilfsberufe.

Auffallend ist einmal mehr die recht grosse Unsicherheit in der Studien- und Berufswahl. (pd)
(UNI 2, 78)

Das Lehrerseminar Hitzkirch und seine Lehrerkurse

rl / Jedes Lehrerseminar ist in erster Linie Ausbildungsort für angehende Lehrerinnen und Lehrer. Diese Aufgabe erfüllt auch das kantonale Lehrerseminar Hitzkirch seit über hundert Jahren. In Hitzkirch befindet sich aber auch die Zentralstelle der Lehrerfortbildung des Kantons Luzern.

Um die Verbindung Grundausbildung-Fortbildung sicherzustellen, kann aber auch ein Lehrerseminar immer wieder eine Stätte der Fortbildung für Lehrer sein. Bereits seit sieben Jahren finden deshalb Fortbildungskurse für Lehrer während der Ferien statt. Diesmal werden diese Hitzkircher Ferienkurse vom 17. bis 21. Juli 1978 durchgeführt.

Hitzkircher Ferienkurse nehmen im Kursangebot der Lehrerfortbildung einen bedeutenden Platz ein. Diese Kurse dienen dazu, sich länger und freier (Ferien!) mit einem Thema auseinanderzusetzen. Die Kursveranstaltungen bieten aber auch Gelegenheit, dass Lehrer sich kollegial begegnen können (Diskussionen und Abendveranstaltungen sind möglich). Etwa 40 Prozent der Kursteilnehmer sind Nicht-Luzerner, stammen aus zahlreichen Kantonen, so vor allem Zentral- und Nordwestschweiz, und vereinzelt aus dem Ausland. Viele Lehrer benützen diese Kursgelegenheiten alljährlich. Hitzkirch möchte damit auch beitragen, dass sich Lehrer immer wieder gern in ihrer Ausbildungsstätte begegnen und ihre Lehrer treffen. Deshalb wirken auch stets verschiedene Seminarlehrer als Kursleiter mit.

Die Kursthemen werden so ausgewählt, dass bestimmte Themen sorgfältiger erarbeitet werden können. Auch sollen bewusst thematische Schwerpunkte im musischen und pädagogischen Bereich gesetzt werden. Längerfristig sollen sich

auch Auswirkungen im Schulalltag zeigen. Auch werden Kurse realisiert, die in anderer Form nicht gestaltet werden können, weil sie sich an bestimmte (kleine) Adressatengruppen wenden. Das Kursprogramm wechselt jedes Jahr, wobei bestimmte Kurse gerade im musisch-kreativen Bereich jedes Jahr durchgeführt werden. Die über 200 Lehrerpersonen nehmen im Juli 1978 an folgenden Kursen teil:

Mut zum Leben – Mut zum Erziehen

(Frau Christa Meves, Prof. Dr. Joachim Illies)

Seminar für Kursleiter

(Dr. Armand Claude, Frau Annemarie Schmid)

Rektorenseminar

(Dr. Marcel Sonderegger)

Deutschunterricht an der Oberstufe

(Dr. Markus Diebold, Dr. Robert Schläpfer)

Das darstellende Spiel in der Schule

(Josef Elias, Marianne Meystre, Hermann Holzer)

Sing- und Tanzwoche

(Josef Röösli, Hannes Hepp)

Praktische Biologie

(Dr. Peter Ruckli, Dr. Josef Brun)

Werken und Gestalten mit Holz

(Guido Meyer)

Walter Weibel, Gelfingen

Die Nichthochschulkantone befürworten das neue Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Forschung (HFG)

In der Schweiz stehen den acht Hochschulkantonen 17 Nichthochschulkantone gegenüber. Wie die Hochschulkantone haben auch die Nichthochschulkantone in den beiden letzten Jahrzehnten viel unternommen, um durch den Ausbau ihrer Mittelschulen den geeigneten Jugendlichen eine höhere Ausbildung zu ermöglichen. Sie sind darauf angewiesen, dass auch in Zukunft der freie Zugang zu den acht kantonalen und den beiden eidg. Hochschulen gewährleistet bleibt und vor allem die Maturanden aus Nichthochschulkantonen beim Hochschulzugang nicht benachteiligt werden. Sie anerkennen aber, dass die Hochschulkantone an der Grenze ihrer Möglichkeiten angelangt sind: Sie können nicht übersehen, dass heute mindestens 27 Prozent der Hochschulstudenten aus den Nichthochschulkantonen stammen und der Bund, gestützt auf das derzeitige Hochschulförderungsgesetz, weniger als 20 Prozent der Hochschulbetriebsaufwendungen der 8 Hochschulkantone deckt.

Die Nichthochschulkantone stehen deshalb geschlossen hinter dem neuen Bundesgesetz, das nicht nur eine wenn auch bescheidene Erhöhung der Bundessubventionen bringt, sondern auch die Erhaltung des freien Hochschulzuganges, die Gleichbehandlung aller Schweizer und den gezielten Einsatz der Finanzmittel anstrebt. Die Nicht-

hochschulkantone räumen aber ein, dass das neue Bundesgesetz wohl notwendig, aber nicht hinreichend ist. Sie erklären sich deshalb auch grundsätzlich bereit, direkte Finanzbeiträge an das schweizerische Hochschulwesen zu leisten. Mit vereinten Kräften sollte es den Hochschulkantonen, den Nichthochschulkantonen und dem Bund gelingen, während der nächsten Jahre auch für die geburtenstarken Jahrgänge den freien Hochschulzugang und die Gleichbehandlung aller Schweizer sicherzustellen und den für unsere Wirtschaft so wichtigen Stand der Forschung nicht nur zu wahren, sondern angesichts der sich so rasch entwickelnden Wissenschaft und Technik noch auszubauen. Auf lange Sicht geht es dabei auch um den Erhalt der Arbeitsplätze und die Sicherstellung unserer sozialen Wohlfahrt und des Arbeitsfriedens.

Legen Sie als verantwortungsbewusster Stimmürger am 28. Mai ein JA in die Urne! CH

von unglücklichen Entwicklungsbedingungen im Elternhaus und in der Schule.

Hilfe für den einzelnen

Der Lehrer habe nun in dieser «Schule in Kleingruppen» – sie wird voraussichtlich in drei regional dezentralisierten Klassen durchgeführt – die Aufgabe, jedem einzelnen Schüler bei der Überwindung der seelischen Schwierigkeiten zu helfen. Dem Aufbau der Beziehungsfähigkeit und der Stärkung des Selbstwertgefühls gebühre dabei der Vorrang (pädagogisch-therapeutischer Aspekt). Ausserdem soll der Schüler möglichst viel von dem erhalten, was er an Unterstützung, an Hilfe und Anregung durch die Schulen und das Elternhaus bisher nicht erhalten konnte (kompensatorischer Aspekt). Zugleich sollen den Schülern das Wissen und die Kenntnisse vermittelt werden, um den Anforderungen des Alltags und des beruflichen Lebens gerecht zu werden.

Um diese Aufgaben zu erfüllen, müsse die Schülergruppe möglichst klein sein (etwa sechs Schüler). Als Stütze für seine psychisch belastende Aufgabe erhalte der Lehrer eine regelmässige Beratung durch einen psychoanalytisch ausgebildeten Fachmann.

Aus Kantonen und Sektionen

Zürich:

Regierungsrat bewilligt Schulversuch

Zürichs Schulkinder mit Verhaltens- und Beziehungsstörungen, die ihre Herkunfts klassen zu sehr stören, sollen in einer «Schule in Kleingruppen» vermehrte pädagogische Betreuung erhalten. Ihnen soll damit eine angemessene Schulung und ein späterer Anschluss an eine reguläre berufliche Ausbildung ermöglicht werden.

Einem entsprechenden Schulversuch vom Schuljahr 1978/79 bis 1982/83 hat der Regierungsrat zugestimmt, wie aus einem vor kurzem veröffentlichten Communiqué der Staatskanzlei des Kantons Zürich hervorgeht. Bei diesem Versuch legt der Regierungsrat viel Wert darauf, dass die Kinder nicht aus ihrem Elternhaus und aus dem angestammten Milieu herausgerissen und in ein Heim eingewiesen werden müssen, wie das sonst üblich wäre. Ausserdem soll der Versuch neue Erfahrungen in der Betreuung und Schulung dieser Kinder bringen.

In den Normal- und Sonderklassen der Volkschule gebe es eine Anzahl von Schülern mit schweren Verhaltens- und Beziehungsstörungen, die zu einer starken Beeinträchtigung des Selbstwertgefühls, zu akutem Schulversagen, zu aggressivem und defensivem Verhalten bis hin zur Selbstaufgabe der eigenen Person führten, heisst es zur Begründung des Schulversuchs. Die Unfähigkeit, schulische Leistungen zu erbringen, beruhe bei diesen Kindern nicht auf angeborenen Begabungsschranken, sondern auf einer Häufung

Luzern:

Weiterbildung statt arbeitslose Lehrer

Die Zahlen der Statistiken über die stellen- und arbeitslosen Lehrer sind in der Regel mit Vorsicht aufzunehmen. Die Situation kann für den Moment richtig erfasst, zurzeit der Publikation jedoch schon weit überholt sein. Zudem besteht die Gefahr, dass mit den Zahlen manipuliert wird, je nachdem, was mit ihnen bewiesen oder erreicht werden soll. Das Luzerner Erziehungsdepartement ist mit entsprechenden Publikationen eher zurückhaltend. Vor kurzer Zeit hat jedoch eine seiner Amtsstellen, die Zentralstelle für Lehrerfortbildung, eine kleine, informative Broschüre herausgebracht, die als eine der möglichen Antworten auf die vielen Fragen im Zusammenhang mit der drohenden Lehrer-Arbeitslosigkeit betrachtet werden kann: «Weiterbildungs-Angebote auf pädagogischem Gebiete».

In seinem Vorwort weist der Erziehungsdirektor darauf hin, dass eigentlich erst diese Broschüre zeigt, wie erstaunlich hoch die Zahl der Institutionen und Veranstaltungen ist, die austretenden Junglehrerinnen und -lehrern Weiterbildungsmöglichkeiten anbieten. Tatsächlich werden nicht weniger als 36 verschiedene Möglichkeiten kurz und prägnant dargelegt, die für den Erwerb von zusätzlichen beruflichen Kompetenzen im pädagogischen, sozialen und musischen Bereich offen stehen. Das Luzerner Verzeichnis ist bis jetzt die einzige derartige Informationsschrift in der deutschsprachigen Schweiz, die speziell auf Absolventen von Seminarien ausgerichtet ist.